

DOKUMENTATION

Kurzfassung der innerverbandlichen Expertise
zum Umgang mit und der Prävention von religiös
begründetem Extremismus unter Muslim/-innen

Kurzfassung der inner- verbandlichen Expertise zum Umgang mit und der Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslim/-innen

**Dokumentation der Präventionsarbeit im Jahr 2017 der Islamischen Gemeinschaft der
schiihischen Gemeinden Deutschlands im Rahmen des Präventionsnetzwerks gegen religiös
begründeten Extremismus**



IGS

Islamische Gemeinschaft
der schiihischen Gemeinden Deutschlands

DOKUMENTATION

Kurzfassung der innerverbandlichen Expertise zum Umgang mit und der Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslim/-innen

Im Rahmen des Projektes »Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus« haben mehrere muslimische Dachverbände explorative Workshops im Bereich der Präventionsarbeit durchgeführt. Die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V. (IGS) erstellte im Jahr 2017 eine verbandliche Expertise zum Umgang mit und der Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslim/-innen. Die Erstellung und Konzeptionierung dieser Expertise wurde im Rahmen eines zweckgebundenen Weiterleitungsvertrag zwischen der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. (TGD) und der IGS aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Die in dieser Dokumentation wiedergegebenen Meinungsäußerungen und Positionen müssen nicht der Haltung der Türkischen Gemeinde in Deutschland oder des Präventionsnetzwerks gegen religiös begründeten Extremismus entsprechen. Die Durchführung der Workshops sowie die Anfertigung der Dokumentationen erfolgten selbstständig und eigenverantwortlich durch den jeweiligen Verband.

INHALT

EINLEITUNG S.3

INTERPRETATION DER GRUNDPOSITIONEN S.4–6

Gemeindebefragung S.4

Expert/-inneninterviews S.4–5

Meinungssessays S.5–6

DISKUSSION DER ERGEBNISSE S.5–8

FAZIT S.8

¹ Karahan Engin (2015): Muslimische Perspektiven auf Jugendpräventionsarbeit in Deutschland: Hindernisse, Bedenken und Möglichkeiten. Im Auftrag der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. Bislang unveröffentlicht.

EINLEITUNG

Die im Dezember 2017 angefertigte innerverbandliche fachliche Expertise beschäftigt sich der IGS mit der Frage nach dem Umgang und dem Stand der Prävention von religiös begründetem Extremismus in vornehmlich schiitisch-muslimischen Gemeinden. Um der Frage möglichst breitgefächert nachzugehen, wurden neben Fragebögen, die von Gemeindevorsteher/-innen beantwortet wurden, auch Expert/-innen interviewt und sonstige aktive Gemeindeglieder (im weiteren Verlauf als Multiplikator/-innen bezeichnet) dazu aufgefordert, Meinungsessays einzureichen. Sowohl bei den Gemeindevorsteher/-innen als auch den Interviewpartner/-innen bestand das Erkenntnisinteresse in dem Verständnis und der Selbstverortung in diesem Themenbereich. Die Multiplikator/-innen ermöglichten durch ihre divers gestalteten und ausgerichteten Meinungsessays eine zusätzliche Perspektive.

Im Bereich der Gemeindebefragung zum Thema Prävention von religiös begründeten Extremismus gibt es bisher kaum Studien oder Erhebungen. Eine erste empirische Befragung zu Akzeptanz, Umsetzung und Hemmnissen von Präventionsarbeit in ausgewählten muslimischen Gemeinden führte Engin Karahan¹ durch. Eine Studie, die sich gezielt mit der Situation von schiitischen Gemeinden in Deutschland auseinandersetzt, gibt es bisher nicht. Die vorliegende innerverbandliche fachliche Expertise ist somit der erste Schritt, um ein genaueres Bild von der Präventionsarbeit in schiitischen Gemeinden in Deutschland zu zeichnen.

Die methodische Herangehensweise der Expertise erfolgte nach dem Mixed Methods-Ansatz. So wurden zum einen Fragebögen erstellt und ausgewertet (quantitativ) und zum anderen Expert/-inneninterviews und Meinungsessays mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet. Zum Stichtag für die Auswertung lagen 22 Fragebögen, 2 Experteninterviews und 17 Meinungsessays vor.

Mit dieser Übersicht zu den bestehenden Handlungsansätzen aus den Gemeinden, deren Verständnis von und Umgang mit Prävention sowie der Einschätzung von Expert/-innen und Multiplikator/-innen hierzu, sollen Gemeinden gestärkt werden, ihre Arbeit besser nach Bedürfnissen und Gemeinsamkeiten auszurichten. Außerdem wird ein Austausch angestoßen. Erkannte Hemmnisse gilt es nun gezielt abzubauen, indem eine Auseinandersetzung mit diesen angeregt wird. Bedarfe und Anregungen von Expert/-innen und Multiplikator/-innen sollen in die zukünftige Arbeit eingebaut werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse der Expertise vorgestellt.

INTERPRETATION DER GRUNDPOSITIONEN

GEMEINDEBEFRAGUNG

Betrachtet man die Fragebögen individuell und beschränkt sich dabei nicht auf einzelne Fragen, lässt sich eine ausgeprägte Heterogenität erkennen: Für eine knappe Mehrheit von 57% spielt Radikalisierung keine Rolle und entsprechend hält sie auch Präventionsarbeit für unbedeutend. Für eine weitere Gruppe von 43% ist das Thema hingegen sehr wichtig. In den Anmerkungen wird immer wieder betont, wie wichtig es sei, als Teil der deutschen Gesellschaft mit anderen sozialen und staatlichen Akteuren zusammenzuarbeiten. Es wurde mehrfach darauf verwiesen, dass die Mitglieder der schiitischen Gemeinden Bürger/-innen des Staates und dieser Gesellschaft seien und entsprechend partizipieren wollen. Es gab jedoch auch Haltungen, die auf ein anderes Bild schließen lassen: Eine Person lässt vor allem Sorge um die Unabhängigkeit seiner Gemeinde erkennen. So gibt die Person an, das Thema Radikalisierung und entsprechend die Forderung von Präventionsangeboten werde durch Medien und Politik an die Verbände herangetragen. Unterstützung etwaiger Angebote durch den Staat oder den Dachverband lehnt der Befragte mit dem Verweis auf den Zwang, sich an externe Vorgaben zu halten, ab. Im Vordergrund der Argumentation steht hier demnach der Wunsch nach Selbstbestimmung der Gemeinde und die Ablehnung einer Einflussnahme durch externe Akteur/-innen.

Einige befragte Personen wünschen sich eine verstärkte Unterstützung durch den Dachverband, wobei hier angemerkt wurde, dass auch der Dachverband nur über begrenzte Ressourcen und zeitliche Kapazität verfüge. Radikalisierung und Prävention werden zu einem größeren Teil nicht

als Hauptaufgabe der Gemeinden gesehen, da auch die Mehrheit angab, noch nicht mit Radikalisierung in der eigenen Gemeinde konfrontiert gewesen zu sein.

Generell ist die Meinung, ob salafistische Radikalisierung ein Thema in schiitischen Gemeinden sein sollte, gleich verteilt - in Befürworter/-innen und Gegner/-innen. Ebenfalls ausgeglichen ist die Angabe zu bereits bestehenden Bemühungen der Gemeinden zum Thema der Prävention, die hier aber als reine Jugendarbeit verstanden wird.

EXPERT/-INNENINTERVIEWS

Beide Interviewpartner/-innen wurden aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit in den Gemeinden und ihres Bezuges zur Jugendarbeit sowie ihres Interesses und bereits vorhandenen Kenntnissen zur Präventionsarbeit ausgewählt.

Aus den Interviews lässt sich entnehmen, dass die beiden Expert/-innen (im Folgenden Person A und Person B) keine einheitlichen Definitionen der Begriffe „Prävention“ und „Radikalisierung“ verwenden. So beschreibt Person B Prävention als Verhinderung unerwünschten Verhaltens (in diesem Falle Radikalisierung), während Person A Prävention als Empowerment-Strategie bezeichnet. Beiden Personen sind die drei Ebenen der Prävention (Primär-, Sekundär-, tertiäre Prävention) bekannt, sie nutzen diese Kategorisierung jedoch nicht. Ähnlich ist außerdem die Abweichung, die auch als Ergänzung verstanden werden kann, bei der Begrifflichkeit Radikalisierung. Beiden Personen ist es wichtig, dass die unterschiedlichen „Radikalisierungs-Strömungen“ (in diesem Fall salafistisch motiviert oder schiitisch motiviert) und deren „Risiken“ bzw. Auswirkungen (gewaltbereit oder nicht gewaltbereit) deutlich gemacht werden. Sie konzentrieren sich bei der Definition von Radikalisierung aber weniger auf Genauigkeit und vermischen häufig primäre und sekundäre Prävention.

DOKUMENTATION

Kurzfassung der innerverbandlichen Expertise zum Umgang mit und der Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslim/-innen

Person A versteht Radikalisierung als Polarisierung und nennt einen individuellen Risikoschwerpunkt, während Person B etwas ins Detail geht, aber keine Risikofaktoren nennt. Einig sind sich die beiden Personen in Hinblick auf die Handlungsmöglichkeit bei bereits begonnener Radikalisierung, ohne klar zu definieren, ab wann eine Radikalisierung für sie „begonnen“ hat. Hier geben beide an, dass es jeweils zu spät gewesen sei oder man nicht mehr handlungsfähig war. Dies könnte erklären, warum beide Personen bei der Definition von Prävention die tertiäre Prävention unbedacht ließen und auch bei der sekundären Prävention verhaltener waren. Ebenfalls stehen beide Personen der staatlichen Unterstützung bzw. Kooperation positiv gegenüber, jeweils mit der Erinnerung daran, dass ein bestehendes Vertrauensdefizit dringend behoben werden müsse.

Aus den Antworten lässt sich erkennen, dass auch bei Expert/-innen aus den Gemeinden noch Unsicherheit bzgl. der genauen Definitionen von Prävention und Radikalisierung vorliegt, die das Gefühl der „Handlungsohnmacht“ begünstigen könnte.

MEINUNGSESSAYS

Die 17 Multiplikator/-innen wurden aufgrund ihres Bezuges zu muslimischen Gemeinden und ihres Interesses an der Prävention allgemein ausgewählt. Die Altersstruktur war nicht relevant, das Geschlechterverhältnis ist ausgeglichen (9 weiblich, 8 männlich). Eine Auswertung nach Geschlecht ist nicht erfolgt. Die Zahl der Multiplikator/-innen sollte in einem angemessenen Verhältnis zur Gruppe A stehen. Bei den Essays der Multiplikator/-innen war es von besonderem Interesse herauszufinden, was genau junge Muslim/-innen bei der Thematik bewegt und ob und welche Wünsche sie gegenüber Gemeinden und der Zivilgesellschaft äußern. Die Themenwahl der Essays weist eine hohe Heterogenität

auf, wobei ein signifikanter Teil der Multiplikator/-innen das eigene Radikalisierungsverständnis und die Ursachen für Radikalisierung beschreibt. Die Bildung einer deutsch-muslimischen Identität als nachhaltige Prävention wurde nahezu einheitlich als Lösungsvorschlag genannt, was ähnliche Erfahrungswerte der Multiplikator/-innen zu diesem Thema nahelegt. Hiermit bieten die Multiplikator/-innen eine wertvolle Innenperspektive. Das Fehlen einer deutsch-muslimischen Identität wird als Nährboden für die Radikalisierungsanfälligkeit gesehen, der es mit der Förderung und Herausbildung einer solchen Identität zu begegnen gilt, wenn Prävention nachhaltig sein will.

Bei den Lösungsvorschlägen und Handlungsempfehlungen lässt sich eine starke (Selbst-)Kritik an Gemeinden mit ausführlichen und spezifizierten Verbesserungsvorschlägen erkennen.

Der Auftrag an Staat und Zivilgesellschaft wird weniger deutlich formuliert, dieser lässt sich aber aus der sehr homogenen Beschreibung von Radikalisierung durch Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrung verstehen. Die vier Essays, die sich einer kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik als Schwerpunkt gesetzt haben, sind eher kurz, weisen aber besonders wissenschaftsbasierte Argumentationen und Theoriebildungen auf und sind in der Beschreibung von alternativen Lösungsmodellen sehr detailliert. Verständnisse von Prävention sind sehr heterogen und reichen von der Idee einer reinen Primärprävention hin zu der Begrifflichkeit der Deradikalisierung. Kaum ein Essay widmet sich der Definition von Prävention tiefergehend. Zum Teil lässt sich dies auf den jeweiligen Wissensstand zurückführen, bei anderen Essays gehen die Multiplikator/-innen von der Eindeutigkeit der Begrifflichkeit aus. Verglichen mit dem Bedarf Radikalisierung und Radikalisierungsursachen näher zu erläutern, könnte dies als Bedarf verstanden werden, eigenen Erfahrungen in diesem Rahmen mehr Aus-

DOKUMENTATION

Kurzfassung der innerverbandlichen Expertise zum Umgang mit und der Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslim/-innen

bzw. Nachdruck zu verleihen und stärker in den Diskurs miteinzubringen.

Den Gemeinden und der Zivilgesellschaft (inkl. Politik und Medien) werden Vorschläge zur Verbesserung der Situation gemacht, teilweise findet sich hier auch Kritik an dem Ist-Zustand (schlechte Struktur in Gemeinden, zu wenig Angebote in deutscher Sprache, Gesellschaft als ausgrenzende Instanz, etc.).

Die Multiplikator/-innen verstehen sich selbst also entweder als gemeinde- oder gesellschaftszugehörig, nicht jedoch als mit eigener Handlungsmacht ausgestattete Partizipant/-innen. Hieraus ließe sich möglicherweise ein Ohnmachts- bzw. Machtlosigkeitsgefühl ableiten. Im direkten Gegensatz zu dieser These steht ein Essay, in dem die Graswurzelbewegung einiger junger Muslim/-innen beschrieben wird, die durch eigene Zusammenschlüsse, unabhängig von der Unterstützung durch Gemeinden oder die Gesellschaft, soziale und bildungsorientierte Aktivitäten geplant und umgesetzt haben.

Unabhängig von der Themenwahl und den teilweise kritischen Stimmen bzgl. muslimischer Präventionsarbeit oder dem Umgang mit dieser, stehen alle Multiplikator/-innen dem Prozess einer Verbesserung von Gemeindearbeit positiv und mit einer Fülle von Handlungs- und Lösungsideen gegenüber.

2 Zwar finden wir eine Fülle an wissenschaftlichen, detaillierten und sich gegenseitig deckenden Definitionen von Prävention und Radikalisierung, im öffentlichen Diskurs werden diese aber selten genau bestimmt und eine Vermischung unterschiedlicher Präventionsebenen und/oder Radikalisierungsdefinitionen zeichnet sich ab.

3 Eine Ablehnung der Arbeit mit gewaltbereiten radikalisierten Personen wäre aus Sicht von Expert/-innen aus Gemeinden nachvollziehbar. Allerdings beschreiben beide Expert/-innen auch die Unmöglichkeit mit politisch motivierten, radikalen Personen zu arbeiten, sobald diese ein gewisses Maß an Ideologisierung erreicht hätten.

DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Das besondere Erkenntnisinteresse bei der Befragung von Gemeindevorsteher/-innen durch Fragebögen und den Experteninterviews lag vor allem auf deren Einschätzungen zum Stand der eigenen und der staatlichen/zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit, zu möglichen Hemmnissen bei der Umsetzung und dem Verständnis von Prävention sowie Radikalisierung.

Auffallend oft, aber übereinstimmend mit dem gesellschaftlichen Diskurs,² weisen die Interpretationen und Definitionen von Prävention und Radikalisierung große Differenzen auf. Ebenso unterschiedlich sind die Einschätzung und Handlungsempfehlungen hierfür. Das Verständnis von Prävention ist bei der Gruppe der Multiplikator/-innen am weitesten gefasst. Während ein Teil davon nur von Primär- oder beginnender Sekundärprävention ausgeht, sprechen einige von Deradikalisierung als Aufgabe und Herausforderung für die Gemeinden. Im Gegensatz hierzu schätzen die Expert/-innen jede Form von tertiärer Prävention oder auch Distanzierungsarbeit (Deradikalisierung) als generell nicht leistbar und erfolgsversprechend ein. Diese Einschätzung gilt explizit nicht nur für die Präventionsarbeit von Gemeinden und wird ebenfalls nicht nur auf die Form von gewaltbereitem religiös begründetem Extremismus bezogen.³

Radikalisierung wird von den Gemeinden zu größeren Teilen nicht als Priorität in der Gemeindearbeit empfunden. Dem stimmen in gewissem Maße drei Multiplikator/-innen in ihren Essays zu. Radikalisierung sei ein gesamtgesellschaftliches Problem und es gäbe keine Notwendigkeit, die Präventionsarbeit hierzu speziell in muslimischen Gemeinden oder Verbänden anzusiedeln. Die Expert/-innen, einige Gemeindevorsteher/-innen und die Mehrzahl der Multiplikator/-innen widerspricht hier. In den Essays ist sogar ein besonderer Fokus auf die Gemeindearbeit gelegt. Während Anforderungen an die Zivilgesellschaft und den Staat als Institution eher allgemein gehalten sind, werden

Wünsche und Handlungsempfehlungen für die Gemeinden detailliert ausformuliert.

Eine andere Form als die salafistische Radikalisierung (hier schiitische Form der Radikalisierung) wird auf Nachfrage in den Fragebögen teilweise bejaht, bei den Expert/-innen schon bei der ersten Frage zur Prävention mitgedacht, doch spielt sie in den Essays keine Rolle. Letzteres lässt sich mit der Fokussierung auf die salafistische Radikalisierung im allgemeinen Diskurs erklären und muss nicht als eine generelle Ablehnung des Vorhandenseins weiterer islamisch begründeter Extremismusformen außerhalb des Salafismus verstanden werden.

Anhand der Interviews und Fragebögen lässt sich eine mehrheitliche Zustimmung zur Notwendigkeit von einer Zusammenarbeit von Staat und Gemeinden erkennen, wobei die stärkste Kritik hieran auch aus den Fragebögen abzulesen ist. Aus einem Kommentar geht hervor, dass Befragte eine zu starke Bevormundung und einen Autonomieverlust befürchteten. In den Essays lässt sich diese Befürchtung nicht erkennen, man versteht unter der Zusammenarbeit von Staat/Zivilgesellschaft und Gemeinden sowie Verbänden aber auch eher ein Verständnis von „Jede/-r hat eine Aufgabe zu erfüllen und dies muss parallel zu einander geschehen“, als dass explizit eine enge Zusammenarbeit gefordert wird (Ausnahmen sind vorhanden). Die praktischen Erfahrungen der unterschiedlichen Gruppierungen weichen sowohl individuell als auch gruppenspezifisch teilweise stark voneinander ab. So ist davon auszugehen, dass Befragte aus den Gemeinden aus ihrer Perspektive als Gemeindefacharbeiter/-innen sprechen und die Interviewpartner/-innen als Expert/-innen schon einiges an Erfahrung aus dem Bereich der Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen aufzuweisen haben, während die Essayist/-innen hier möglicherweise wesentlich unbelasteter, aber auch weniger genau Stellung beziehen.

DOKUMENTATION

Kurzfassung der innerverbandlichen Expertise zum Umgang mit und der Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslim/-innen

4 Definition von gelingender Prävention variiert zwischen und innerhalb der Gruppen.

Die Sorgen der Gemeindemitglieder sowohl in den Fragebögen als auch den Expert/-inneninterviews weisen auf ein bestehendes Vertrauensdefizit hin, welches hier, direkt oder indirekt, Erwähnung findet. Ein weiteres Vertrauensdefizit sehen aber besonders die Multiplikator/-innen und Expert/-innen im Umgang der Medien mit muslimischer Präventionsarbeit oder Präventionsarbeit, die von Muslim/-innen ausgeführt wird. Hierbei beziehen sich einige auf die in diesem Jahr vermehrt aufgetretene, ihrer Einschätzung nach „unfaire“ Berichterstattung zum Engagement der IGS e.V. im Bereich der Prävention. Einige beschreiben das Gefühl des „Ausgeschlossenwerdens“ bei gleichzeitiger, steigender medialer/gesellschaftlicher Erwartungshaltung an Muslim/-innen, sich von Gewalt und Extremismus zu distanzieren und aktiv zu sein. In den Fragebögen ist diese Sorge nicht erkennbar, allerdings wurde auch nicht explizit danach gefragt. Der mediale Diskurs könnte auf Basis der Essays und Expert/-inneninterviews dennoch als Hemmnis für die muslimische Präventionsarbeit verstanden werden.

Ein weiteres Hemmnis für muslimische Präventionsarbeit lässt sich aus allen drei Befragungen ableiten. So finden wir in allen befragten Gruppen den Hinweis auf rudimentäre oder mangelhafte strukturelle und professionalisierte Aufstellung in den Gemeinden, die eine Verhinderung gelingender Prävention⁴ darstellt. Während sich Expert/-innen und Gemeindevorsteher/-innen hierbei verstärkt Unterstützung durch entweder den Staat oder den Dachverband (IGS e.V.) wünschen, stellen die Multiplikator/-innen klare Forderungen an die Gemeinden selbst. Hier wird deutlich, wie wichtig die Perspektive der Multiplikator/-innen und deren Einbindung in die Expertise ist. Ihre Außenansicht auf die Gemeinden und deren Arbeit bietet eine zusätzliche Ressource für Verbesserungsmöglichkeiten. So findet sich der am häufigsten genannte Vorschlag, Radikalisierung präventiv mit der Bildung und Stärkung einer deutsch-muslimischen Identität zu begegnen, ausschließlich bei den Multipli-

kator/-innen. Hier aber mit einer so signifikanten Häufigkeit, dass dieses Ergebnis sowohl auf Gemeinde- und Verbands-ebene als auch im gesellschaftlichen sowie wissenschaftlichen Diskurs mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden sollte.

Eine generelle Kritik an der Präventionsarbeit in und durch muslimische Gemeinden ist weniger stark ausgeprägt. Einige Kritiken aus den Fragebögen und Essays lassen sich als Unsicherheit im Verständnis von „Was ist Präventionsarbeit“ und „Was ist Radikalisierung“ lesen.

Nur wenige Antworten aus den Fragebögen, Interviews und Essays weisen direkte theologische Erklärungsmuster auf. Einige wenige Gemeindevorsteher/-innen und Multiplikator/-innen negieren die Notwendigkeit sich in Gemeinden intensiver mit Radikalisierung zu beschäftigen, weil sie aufgrund ihrer theologischen Ausrichtung (in allen Fällen schiitisch) nicht direkt von der Thematik betroffen seien. Nur eine Kritik, die sich ausschließlich an muslimische Gemeinden und Muslim/-innen generell richtet, fragt nach einem theologischen Erklärungsansatz für Radikalisierung und beschreibt die mangelhafte Thematisierung dessen in muslimischen Kreisen. Auffällig ist, dass diese Kritik weder von Expert/-innen noch Gemeindevorsteher/-innen kommt. Die im Rahmen dieser Expertise einzeln auftretende Kritik, muss keine Einzelmeinung sein, sie kann aber darauf hinweisen, dass eine innermuslimische Auseinandersetzung hiermit noch nicht weit verbreitet ist.

Die drei unterschiedlichen Ansätze der Befragung liefern ein diverses und gehaltvolles Bild für eine erste aussagekräftigere Expertise. Positiv ist hierbei die Möglichkeit, die unterschiedlichen Perspektivebenen durch den Mixed-Methods-Ansatz verbinden zu können. Für weiterführende ähnliche Vorhaben empfiehlt sich jedoch einen größeren Zeitraum anzusetzen.

Zusammenfassend sollen im nächsten Kapitel weitere, aus den Ergebnissen abgeleitete Thesen und Handlungsempfehlungen vorgestellt werden.

DOKUMENTATION

Kurzfassung der innerverbandlichen Expertise zum Umgang mit und der Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslim/-innen

FAZIT

WELCHE VORSCHLÄGE UND WEITERE FORSCHUNGSINTERESSEN BZW. ARBEITSAUFTRÄGE LASSEN SICH AUS DIESER EXPERTISE GENERIEREN?

1. Die Mehrheit aller befragten Personen aus den drei Gruppen halten Radikalisierung und Prävention für wichtige Themen für muslimische Gemeinden und die Gesellschaft gleichermaßen. Die größte Zurückhaltung in diesem Punkt ist bei den Gemeindevorsteher/-innen zu finden, an die auch gleichzeitig die meisten Forderungen durch die Expert/-innen und Multiplikator/-innen gestellt werden. Zusätzlich zur generellen Verunsicherung bzgl. der genauen Bedeutung von Prävention und Radikalisierung, wie wir sie gruppenübergreifend feststellen können, kann als ein weiteres Hemmnis bei den Gemeinden auch die Angst vor Überforderung eine Rolle spielen. Lösungsansätze wie Strukturförderung, Professionalisierung der Arbeit oder die Unterstützung einer in Deutschland ansässigen und gelehrten islamischen Theologie können aber nicht allein von Gemeinden vorangebracht werden. Die Erarbeitung und konkrete Konzeptionierung der Unterstützung von Gemeinden könnte ein weiterer Auftrag sein.
2. Die signifikante Ausprägung und der Themenauswahl die Multiplikator/-innen können als Bedürfnis verstanden werden, die eigene Perspektive mehr in den Diskurs einbinden zu wollen. Es stellen sich zentrale Fragen wie etwa: Welche Möglichkeiten gibt es, die Partizipation von Muslim/-innen an Diskursen zu stärken? Woran fehlt es hierbei? Und wer kann und soll geeignete Räume hierfür schaffen?
3. Das diverse und mitunter unspezifische Verständnis von Präventionsarbeit und Radikalisierung kann teilweise als Erklärung der Ablehnung von Prävention durch muslimische Gemeinden verstanden werden. Hier stellt sich die Frage mit welchen Mitteln eine Sensibilisierung und Aufklärung erfolgen kann.
4. Wie kann der, bei den Multiplikator/-innen signifikant hohe Wunsch nach und Lösungsvorschlag von der Bildung einer deutsch-muslimischen Identität unterstützt werden? Welche genaue Definition einer deutsch-muslimischen Identität lässt sich erkennen und in welchem Rahmen kann diese Definition als Handlungsempfehlung in den Diskurs über Prävention in Deutschland aufgenommen werden?

Die vier aufgelisteten Erkenntnisse und Einschätzungen bzw. weiterführenden Fragestellungen erheben natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie dienen jedoch als erste Ideenbildung zum weiteren Nutzen, der aus der Expertise hervorgehen kann. Ziel bzw. Wunsch ist es, dass die Expertise Interesse weckt und sich tiefgehend aus unterschiedlichen Perspektiven mit der Thematik zu beschäftigen und außerdem Denkanstöße für die Praxis zu liefern. Ergänzungen und eine kritische Auseinandersetzung mit der Expertise sind gewünscht und ermöglichen im besten Fall einen weitergefassten Diskurs über Präventionsarbeit in muslimischen Gemeinden, vor allem aus muslimischer Sicht.

DOKUMENTATION

Kurzfassung der innerverbandlichen Expertise zum Umgang mit und der Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslim/-innen

ÜBER DAS PRÄVENTIONSNETZWERK

Das Präventionsnetzwerk ist eine Initiative von zivilgesellschaftlichen – religiösen wie nicht-religiösen – Organisationen, die sich gegen religiös begründeten Extremismus und gesellschaftliche Polarisierung engagieren. Das Präventionsnetzwerk richtet sich insbesondere an die Verbände der Deutschen Islamkonferenz. Ein vergleichbares Netzwerk hat es in Deutschland bisher nicht gegeben.

Die teilnehmenden Verbände arbeiten eigenständig und selbstverantwortlich. In regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen ist Raum zur Erarbeitung verbandsübergreifender Positionierungen im Themenfeld sowie für die Vernetzung mit etablierten Trägern der Präventionsarbeit gewährleistet. Gleichzeitig wird den Verbänden eine methodische wie inhaltliche Begleitung angeboten.

Das Netzwerk wird von der Türkischen Gemeinde in Deutschland in Kooperation mit dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. koordiniert.

Die vorliegende Dokumentation wurde im Juli 2018 erstellt.

Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. | Obentrautstr. 72 | 10963 Berlin
Mail: info@praeventionsnetzwerk.org | Web: www.praeventionsnetzwerk.org

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

